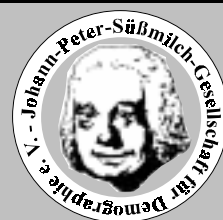


DEMOGRAPHIE



Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. - Berlin 1998, Nr. 18

Regionale Sterblichkeit in Deutschland

Bericht zur gleichnamigen Tagung im Rahmen der Statistischen Woche 1997 an der Universität Bielefeld

Im Hinblick auf die wachsenden Probleme bei der Finanzierung der Kosten für die Gesunderhaltung, für die Renten und die Pflegedienste für alte Menschen findet die Entwicklung der Sterblichkeit eine erhöhte Aufmerksamkeit. Entgegen vieler Prognosen ist das Potential der Sterblichkeitsentwicklung sehr viel größer und die Erhöhung der Lebenserwartung hat sich schneller vollzogen, als noch vor Jahren angenommen. Diese kontinuierliche Entwicklung ist aber in den Regionen Deutschlands nicht gleichermaßen verlaufen.

An der Tagung nahmen 65 Personen teil, und es wurden 11 Referate gehalten. Die Vormittagssitzung leitete Prof. H. Birg (Universität Bielefeld), die Nachmittagssitzung Prof. E. Elsner (Statistisches Landesamt Berlin). Zur Einleitung der Tagung wurde dem verstorbenen Prof. K. A. Schäffer (Universität Köln) gedacht, ehrende Worte fand Prof. G. Gröner (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart). Im Einführungsreferat von Dr. R. Scholz (Humboldt-

Universität Berlin, Charité) über "Möglichkeiten und Grenzen der regionalen Sterblichkeitsmessung" wurde auf die grundlegenden Methoden der Sterblichkeitsmessung eingegangen und dabei die Notwendigkeit und Möglichkeit der Sterbetafelmethodik auch für die kleineren Regionen wie Landkreise betont. Die Berechnungen der Lebenserwartung müssen dann allerdings mit Konfidenzberechnungen begleitet werden.

Im Referat von Bettina Sommer (Statistisches Bundesamt Wiesbaden) "Die Sterblichkeitsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in der Regionalisierung der Länder" wurde die territoriale Differenzierung in Deutschland auf Landesebene untersucht. Die Rangfolge der Länder ist in den letzten Jahren gleich geblieben. Mecklenburg-Vorpommern hat die ungünstigste und Baden-Württemberg zeigt die günstigste Lebenserwartung. Die Zunahme der Lebenserwartung erfolgt im wesentlichen im höheren Alter.

Prof. Gerhard Gröner stellte in seinem Referat "Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Baden-Württemberg" eine Sonderauswertung der Lebenserwartung auf Grundlage der 12 Planungsregionen vor. Er zeigte die kontinuierliche und stetige Entwicklung der Lebenserwartung in den letzten 10 Jahren auf

Die Zunahme der Lebenserwartung erfolgt im wesentlichen im höheren Alter.

Zum Neuen Jahr

Im Namen des Vorstandes und der Redaktion wünsche ich allen Mitgliedern der Gesellschaft sowie den Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1998. Auch im kommenden Jahr wollen wir unseren Mitgliedern auf diesem Wege wichtige Informationen zu bevölkerungsrelevanten Themen, sowie über interessante Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Zugleich werden wir auch weiterhin über das Leben unserer Gesellschaft und über wissenschaftliche Aktivitäten anderer demographischer Institutionen im In- und Ausland informieren. So wollen wir beispielsweise auch künftig über Institutionen berichten, die sich mit bevölkerungswissenschaftlichen Themen befassen. Demographisch relevante Informationen aus der deutschen und internationalen Presse sollen vorgestellt und auf aktuelle demographische Literatur aufmerksam gemacht werden. Kurz gesagt, die Redaktion wird sich auch künftig bemühen, moderne und entsprechend unseren Möglichkeiten inhaltsreiche Informationen zu gestalten. Dabei sind wir aber auf ihre Hilfe, Hinweise, Kritik und Anregungen angewiesen. Wir würden uns freuen, wenn die Mitglieder unserer Gesellschaft diese Mitteilungen künftig stärker nutzen, um über ihre Forschungsarbeiten, über Tagungen und andere interessante Aktivitäten zu berichten. Vielleicht sind ja auch sie an bestimmten Themen interessiert, zu denen man einmal eine Arbeitskreistagung organisieren sollte. Nutzen wir diese Mitteilungen also als Forum unserer Diskussion und des Gedankenaustauschs bzw. zur Information über die vielfältigen Aktivitäten unserer Gesellschaft.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Gesellschaft, daß auch das Jahr 1998 ein Jahr der engen und guten Zusammenarbeit zwischen unseren Lesern und der Redaktion wird.

Parviz Khalatbari

Inhaltsverzeichnis

| BEITRÄGE | Seite |
|---|-------|
| Rembrandt Scholz <i>Regionale Sterblichkeit in Deutschland</i> | 1 |
| Eckart Bomsdorf <i>Demographische Aspekte und reformerische Perspektiven der Rentenproblematik</i> | 3 |
| Heinrich Schwarze <i>Edward Rosset (4.11.1897 - 2.6.1989)</i> | 6 |
| Karin Richter <i>1997 weiter steigende Geburtenzahlen in Ostdeutschland</i> | 6 |
| <i>World Urbanization Prospects: The 1996 Revision</i> | 6 |
| Prof. Elsner <i>Statistik und Jugendhilfeplanung in der Großstadt</i> | 7 |
| <i>Pressespiegel</i> | 8 |
| <i>Häufigkeit der Schwangerschaftsabbrüche 1996 in den Bundesländern</i> | 9 |
| <i>Informationen über die Deutsche Stiftung Welbevölkerung</i> | 10 |
| <i>Kondome sind knapp in Kuba</i> | 10 |
| <i>Bericht über die demographische Lage in der EU 1997</i> | 12 |
| <i>Hinweise auf neue Publikationen</i> | 13 |
| <i>Veranstaltungen, Konferenzen, Tagungen</i> | 14 |
| <i>Termine des Arbeitskreises Demographie</i> | 14 |
| <i>Am Rande bemerkt</i> | 14 |

der Landes- und Regionalebene. Das Land hat eine sehr günstige Lebenserwartung; regionale Unterschiede sind nicht dramatisch, obwohl ländlich geprägte Regionen im Vergleich zu Städten eine erhöhte Unfallsterblichkeit aufweisen. Die differenzierten Betrachtungen einzelner Altersgruppen bedürfen der Glättung des Ausgangsdatenmaterials.

Im Referat von Dr. Henning Thielke (Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales Berlin) und Dr. Rembrandt Scholz über "Regionale Sterblichkeit in Berlin" wurde auf die Entwicklung der Berliner Lebenserwartung eingegangen. Auffallend ist der vorübergehende Rückgang und die Stagnation direkt zur Wende in beiden Stadtteilen. In Berlin hat sich die Ost-West-Differenz weitgehend abgebaut. Besonderheiten der Situation in der Stadt zeigen sich auch in den großen Bezirksdifferenzen. Die Differenz zwischen dem günstigsten Bezirk hinsichtlich der Lebenserwartung und dem ungünstigsten beträgt über 6 Lebensjahre. Unterschiedliche Ausländeranteile an der Bevölkerung sind wenig geeignet, die Differenzen zu erklären.

In dem Vortrag von Prof. Franz-Josef Kemper (Humboldt-Universität Berlin, Geographisches Institut) "Zum Zusammenhang sozialstruktureller Merkmale und der Mortalität am Beispiel von Berlin" wurde eine Faktorenanalyse für die 23 Berliner Bezirke vorgestellt. Diese Analyse erbringt neben dem demographischen Faktor eine Aufspaltung des sozialen Status in eine Dimension, die durch die Stellung im Beruf und in der Ausbildung und eine, die neben dem Einkommen durch Problemlagen, wie Erwerbslosigkeit, gekennzeichnet ist. Dabei zeigt sich, daß die Zusammenhänge auf der aggregierten Kontextebene von den individuellen Zusammenhängen abweichen.

Im Vortrag von Frau Dr. Ursula Wittwer-Backofen (Universität Gießen, Anthropologisches Institut) "Regionale Unterschiede der Sterblichkeit in Hessen" wurde eine Untersuchung der Mortalität mit Aggregatdaten auf der Ebene der Kreise für die Sterblichkeit der älteren Menschen vorgestellt. Hessen liegt in allen Altersklassen über dem Bundesdurchschnitt. Höchste Lebenserwartungen erreichen die Regionen mit der stärksten Verdichtung und den günstigsten Bildungsdaten. Mit Regressionsmodellen wird der Erklärungsanteil der nicht durch das Alter erklärten Varianz bestimmt.

Der Vortrag von Prof. Jürgen Schott (Technische Universität Dresden, Medizinische Fakultät "Carl Gustav Carus") "Regionale Sterblichkeit in Sachsen" behandelte besonders die todesursachenspezifische Analyse. Gewinne an Lebenserwartung bestehen bei den Herz-Kreislauf bedingten Todesursachen, den embryonalen und angeborenen Schädigungen und den Suiziden (bemerkenswert). Unfälle und bösartige Neubildungen haben sich negativ auf die Lebenserwartung ausgewirkt. Abgesehen von den nichtnatürlichen Todesfällen weisen diese Entwicklungen auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung hin.

Die Ausführungen von Dr. Wolfgang May (Gesellschaft für

sozialmedizinische Forschung Suhl e.V.) "Regionale Unterschiede der Sterblichkeit im Süden der Neuen Länder" behandelten Ergebnisse der Gesundheitsberichterstattung der Länder Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Es treten Stadt-Land-Differenzen mit den geringen Sterblichkeiten in den Städten und ein Nord-Süd-Gefälle auf. Beeindruckend sind die Ergebnisse der Entwicklung der Lebenserwartung in den Konfidenzbändern für einzelne Kreise.

Hessen liegt in allen Altersklassen über dem Bundesdurchschnitt. Höchste Lebenserwartungen erreichen die Regionen mit der stärksten Verdichtung und den günstigsten Bildungsdaten.

Im Beitrag von Prof. Thomas Klein (Universität Heidelberg, Institut für Soziologie) "Kohortenbezogene Sterblichkeitsunterschiede zwischen Regionen" wurde auf der Basis von Surveydaten (Sozio-Ökonomisches Panel, der Eltern aller Befragungspersonen) und Mehrthemenbefragung

"Regionalstudie 1996" die Sterblich-

keit untersucht. Der Beitrag behandelte zum einen die Vorteile und Probleme der Erfassung der Kohortenmortalität, zum anderen wurden empirische Ergebnisse vorgestellt. Aus der Mehrthemenbefragung "Regionalstudie 1996" wurden die Region Hamburg und der Landkreis Regensburg den Ergebnissen des Sozio-Ökonomischen Panels gegenübergestellt.

Der Vortrag von Prof. Hans-Reiner Dinkel (Universität Bamberg, Bevölkerungswissenschaft) behandelte die Frage "Regionale Sterblichkeitsunterschiede - gibt es die? Eine Kohortenbetrachtung auf der Basis ausgewählter Länderdaten". Dabei wurde auf die methodischen Probleme bei kleinen

Bevölkerungen eingegangen und verschiedene Konzepte der Fehlermessungen behandelt. Am Beispiel von ausgewählten regionalen Kohorten wurde das Verfahren beschrieben.

Die Ausführungen von Dr. Hansjörg Bucher (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung) behandelten

das Thema "Die Sterblichkeit in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland und deren Ost-West-Lücke seit der Einigung". Die Analyse beruht auf der Basis der Planungsregionen der Bundesrepublik Deutschland. In beiden Teilen Deutschlands gibt es das Nord-Süd-Gefälle. Die Ost-West-Unterschiede 1989 sind so groß, daß die günstigen östlichen Regionen nur das Niveau ungünstiger Westregionen erreichen. Bis 1994 läßt sich nur eine Konvergenz bei den Frauen erkennen. Bei den Männern ist die Differenz größer geworden.

In neun der 23 ostdeutschen Raumordnungsregionen hat die Lebenserwartung der Männer entgegen dem langfristigen Trend stagniert oder sogar abgenommen (ländliche Regionen). Das regionale Gefälle ist in den alten Ländern gleichgeblieben, in den neuen Ländern dagegen erheblich angestiegen.

Der Inhalt aller Vorträge erscheint in einem Tagungsband 1998 im Rainer-Hamp-Verlag Möhring in der Reihe: Arbeitsgemeinschaft für empirische Raumforschung. In dem Band sind noch weitere Beiträge zur regionalen Mortalität aufgenommen: Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und München.

Rembrandt Scholz

Gewinne an Lebenserwartung bestehen bei den Herz-Kreislauf bedingten Todesursachen, den embryonalen und angeborenen Schädigungen und den Suiziden (bemerkenswert). Unfälle und bösartige Neubildungen haben sich negativ auf die Lebenserwartung ausgewirkt.

Die Ost-West-Unterschiede waren 1989 so groß, daß die günstigsten ostdeutschen Regionen nur das Niveau ungünstiger westdeutscher Regionen erreichten.

Bis 1994 läßt sich eine Konvergenz bei den Frauen erkennen. Dagegen ist bei den Männern die Differenz größer geworden.

Demographische Aspekte und reformerische Perspektiven der Rentenproblematik

(Vortrag auf der 100. Veranstaltung des Arbeitskreises Demographie am 20. November 1997)

1. Zur Ausgangslage

Für die Probleme des deutschen Sozialstaats, speziell des Systems der Altersvorsorge sind in erster Linie drei Ursachen verantwortlich. Kurz- und mittelfristig ist - speziell für das Sozialversicherungssystem - die wirtschaftliche Situation, insbesondere die Höhe der Arbeitslosenquote für die Misere verantwortlich (allein eine Halbierung der Arbeitslosenquote könnte dem Sozialversicherungssystem zusätzliche Einnahmen von annähernd 50 Mrd. DM bringen), mittel- und langfristig die demographische Entwicklung in Deutschland. Vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang aber auch nicht die Selbstverständlichkeit, mit der dieser Sozialstaat als notwendig erachtet und - teilweise über Maßen - beansprucht wird.

Die Sterblichkeit in den Jahren nach dem ersten Lebensjahr (bis etwa zum Alter von 40 Jahren) liegt bereits seit einiger Zeit auf einem niedrigen Niveau, die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten nehmen seit Jahren in erster Linie bei der älteren Bevölkerung weiter deutlich ab, ohne daß dies bei vergangenen Prognosen genügend berücksichtigt wurde. Die Menschen in Deutschland - und nicht nur dort - werden immer älter. Die Nettoerproduktionsrate in Deutschland liegt seit langem unter dem für eine langfristig konstante Bevölkerung - von Wanderungen abgesehen - notwendigen Wert von 1 (1996: 0,629). Der Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nimmt deutlich zu, deutlicher als bisher erwartet, damit steigt auch der Anteil der Rentempfänger, während der Anteil der Beitragszahler zurückgeht. Dies wirkt sich dramatisch auf das gesamte Sozialversicherungssystem aus, wobei in der öffentlichen Diskussion ein Schwerpunkt bei der gesetzlichen Rentenversicherung liegt, die in Deutschland für die meisten Bürger die Hauptlast der Altersvorsorge trägt.

2. Zur Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung

Bei Angaben über die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2040 kann es sich nur um Modellrechnungen handeln, die nicht nur einen Pfad, sondern mehrere mögliche Entwicklungen - einen Modellkorridor - aufzeigen sollen. Die Entwicklung der älteren Bevölkerung - d. h. der 60 Jahre und Älteren - hierbei vorausberechnen, ist noch am einfachsten und "sichersten", da alle Personen, die in den nächsten 50 Jahren zur älteren Bevölkerung Deutschlands zählen, heute schon geboren sind und - von Wanderungen abgesehen - bereits jetzt in Deutschland leben. Über die Entwicklung der Sterblichkeit in der Vergangenheit liegen gute Informationen vor, die zumindest eine Modellrechnung für eine mögliche zukünftige Entwicklung der Sterblichkeit und demnach auch der älteren Bevölkerung gestatten. Auch wenn der bisherige Rückgang der Sterblichkeit bekannt ist, so wird er doch bei den Modellrechnungen meistens nur begrenzt in die Zukunft extrapoliert. Damit wird der zukünftige Umfang der älteren Bevölkerung häufig deutlich unterschätzt.

Die Abnahme der einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten wirkt sich in erster Linie auf die Entwicklung des Umfangs und des Anteils der älteren Bevölkerung aus, da dort die Sterblichkeit auf einem wesentlich höheren Niveau als bei den Personen im Alter von unter 60 Jahren liegt und der absolute Rückgang der einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten bei diesen am stärksten ist.

In der amtlichen Statistik wird bei der Ermittlung der aktuellen Lebenserwartung davon ausgegangen, daß die gegenwärtig herr-

schenden Verhältnisse bestehen bleiben. Diese Annahme ist sehr konservativ, sie unterschätzt die Lebenserwartung systematisch. So weist beispielsweise die abgekürzte Sterbetafel 1994/96 des Statistischen Bundesamtes für neugeborene Mädchen bzw. Knaben eine Lebenserwartung von 79¾ bzw. 73¼ Jahren aus, bei Einbeziehung des zu erwartenden Rückgangs der Sterblichkeit und Verwendung von Generationensterbetafeln ergeben sich hier Werte, die um mehr als fünf Jahre über den eben erwähnten Zahlen liegen; entsprechende Unterschätzungen zeigen sich für andere Alter (vgl. Tabelle 1a).

Das Medianalter, d. h. das Alter, das 50 Prozent eines Jahrgangs mindestens erreichen, beträgt demnach beim Geburts-

Tab. 1a: Durchschnittliche fernere Lebenserwartung von Personen im Alter x 1996 (in Jahren)

| Alter x in Jahren | Frauen | Männer |
|-------------------|---------------|---------------|
| 0 | 85,27 (79,72) | 77,87 (73,29) |
| 20 | 64,42 (60,37) | 57,25 (54,14) |
| 40 | 43,26 (40,89) | 36,72 (35,26) |

jahrgang 1996 bei Mädchen nicht nur 82½ Jahre, sondern es dürfte bei 87½ Jahren liegen, bei den 1996 geborenen Knaben wird es 80½ statt 76¼ Jahre betragen (vgl. Tabelle 1b).

Unter den selben unterschiedlichen Annahmen über die Lebenserwartung läßt sich ermitteln, wie viele von den heute Fünfzigjährigen in Deutschland ein Alter von 70, 80 bzw. 90

Tab. 1b: Medianalter der 1996 Geborenen

| | Frauen | Männer |
|-----------------------|-------------|-------------|
| Medianalter in Jahren | 87 ½ (82 ½) | 80 ½ (76 ¼) |

Jahren erreichen werden (vgl. Tabelle 1c).

Modellrechnungen mit Hilfe von Generationensterbetafeln bei Annahme eines weiteren Rückgangs der Sterbewahrscheinlichkeiten. Werte in Klammern nach Periodensterbetafel 1994/96.

Tab. 1c: Anteil der 1996 Fünfzigjährigen, die das Alter x erreichen (Angaben in v.H.)

| Alter x in Jahren | Frauen | Männer |
|-------------------|-------------|-------------|
| 70 | 88 ½ (86) | 74 ½ (72 ½) |
| 80 | 68 (62) | 43 ¼ (40 ¾) |
| 90 | 26 ½ (20 ½) | 10 ¾ (8 ¾) |

Bei dieser Berechnung wird zum einen von der aktuellen Sterbetafel für Deutschland ausgegangen, deren Sterbewahrscheinlichkeiten als stabil unterstellt werden, zum anderen von einer modellierten Sterbetafel für die Ende 1996 Fünfzigjährigen, d. h. die 1946 Geborenen. Letztere berücksichtigt den zu erwartenden Rückgang der Sterblichkeit bzw. die Zunahme der Lebenserwartung. Die Unterschiede in den möglichen Entwicklungen sind zum Teil kraß. Sie lassen sich mit Hilfe einiger weiterer Zahlen verdeutlichen. Von den heute Fünfzigjährigen werden voraussichtlich mindestens 26 Prozent der Frauen und über 10 ½ Prozent der Männer ein Alter von 90 Jahren erreichen. Bisher wurde davon ausgegangen, daß es 18 ½ Prozent der Frauen und 7 ½ Prozent der Männer seien. Diese Darstellung weist daraufhin, daß die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung auf einem doppelten Effekt beruht. Zum einen nimmt der Anteil der älteren Bevölkerung zu, da

die Fertilität abgenommen hat, zum anderen steigt er, weil die Mortalität, d.h. hier die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten, vor allem der älteren Bevölkerung deutlich zurückgeht.

Die Entwicklung der Anteile der älteren Bevölkerung für ausgewählte Jahre kann diese Auswirkungen ebenfalls verdeutlichen. Während sich der Anteil der 60jährigen und Älteren bis 2030 fast verdoppelt und danach bis 2040 kaum verändert, verdoppelt sich der Anteil der 70jährigen und Älteren bis 2030 ebenfalls und nimmt danach bis 2040 nochmals von 20 auf 25 Prozent zu. Während heute 2 von 10 Personen in Deutschland 60 Jahre oder älter sind, werden es 2040 fast 4 von 10 sein. Gegenwärtig ist nur jede 10. Person mindestens 70 Jahre alt, nach Modellrechnungen wird 2040 jede 4. Person in diesem Alter sein. Eine weitere Veränderung, die vor allem für die Kranken- und Pflegeversicherung Konsequenzen haben wird - sei es auf der Leistungs-, sei es auf der Beitragsseite.

Diese Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung beruht - wie bereits erwähnt - nicht nur auf der Zunahme des Umfangs der älteren Bevölkerung, sondern auch auf dem Rückgang der Geburten. Sehr gut veranschaulichen läßt sich dies durch die aktuelle Bevölkerungspyramide Deutschlands. Ohne im Einzelnen auf diese Darstellung eingehen zu müssen, ist unmittelbar klar, daß selbst bei Berücksichtigung der Mortalität der Anteil der über 60jährigen ab 2010 kräftig steigen wird, da die gegenwärtig jüngeren Jahrgänge sehr viel schwächer besetzt sind. So lag beispielsweise Ende 1996 der Anteil der Zweijährigen an der Bevölkerung bei 0,95 Prozent, 32 Jahre alt waren dagegen 1,81 Prozent.

3. Zu den Konsequenzen für das Sozialversicherungssystem

Die angedeuteten Entwicklungen würden dazu führen, daß in der Sozialversicherung ohne Konsolidierungsmaßnahmen aus heutiger Sicht in den Jahren 2030 bis 2040 Beitragssätze in der Größenordnung von insgesamt 55 bis 65 Prozent (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) notwendig wären. Gegenwärtig liegt dieser Wert bei 42 Prozent. Bei der Rentenversicherung ist allein aufgrund des höheren Rentneranteils an der Bevölkerung mit einer spürbaren Erhöhung der Beitragssätze zu rechnen, bei der Kranken- und bei der Pflegeversicherung wird dagegen neben diesem "Mengeneffekt" noch ein altersabhängiger "Preiseffekt" wirksam, da für die älteren Menschen überproportional hohe Krankheits- und Pflegekosten anfallen. Während beispielsweise im Jahr 2040 nach Modellrechnungen die Anzahl der mindestens 90 Jahre alten Personen in Deutschland "nur" rund doppelt so hoch wie heute sein wird, könnten die Anzahl der Pflegebedürftigen dieses Alters um 130 % und die realen Kosten für diese vielleicht um mehr als 200 % über dem heutigen Wert liegen.

Ohne weitere bereits jetzt einzuleitende, wohlüberlegte Maßnahmen wächst die Soziallast in eine Höhe, die nicht nur den Generationenvertrag gefährdet, sondern sogar den Sozialstaat zum Einsturz bringen kann. Die Furcht vor einem möglichen Zusammenbruch des Generationenvertrages ist nur zu begründet. Der Anfang zur Konsolidierung ist mit den 1996 verabschiedeten Maßnahmen gemacht, wenn diese auch vielleicht nicht in jedem Fall plausibel sind und wenn in der Hektik des Entscheidungszwangs vielleicht auch Maßnahmen ergriffen oder angedacht werden, die einer sachlichen Überprüfung nicht standhalten. Ein weiterer Ausbau des Sozialstaates ist nicht möglich, Umbau und Veränderung sind angesagt.

Ausgewählte Möglichkeiten zur "Rettung" des Sozialversicherungssystems und damit auch des Sozialstaates seien hier aufgeführt:

1. Die Arbeitslosigkeit muß deutlich reduziert werden. Die vorhandene Arbeit muß gerechter verteilt werden.
2. Die Rentenformel muß die Situation auf dem Arbeitsmarkt und vor allem die demographische Entwicklung berücksichtigen (mit der Konsequenz, daß die Eigenvorsorge zu stärken ist).
3. Die gesetzlich vorgesehene Reserve von einer Monatsausgabe in der Rentenversicherung ist im Verlauf von 20 Jahren auf minde-

stens eine Jahresausgabe zu erhöhen. Diese Reserve kann in den kritischen Jahren der Rentenversicherung langsam abgebaut werden und helfen, den Rentenversicherungsbeitrag geringer als erwartet steigen zu lassen.

4. Das faktische Rentenzugangsalter muß langfristig erhöht werden.
5. Politik und Gesellschaft müssen kinder- und familienfreundlicher werden.
6. Eine aktive Zuwanderungspolitik ist notwendig.
7. Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung sollte deutlich erhöht werden, nicht nur um die Beitragszahler zu entlasten, sondern vor allem auch um die Lasten, die die Allgemeinheit tragen sollte, auf diese aufzuteilen.
8. Die private - und auch die betriebliche - Altersvorsorge ist bei strengen Anforderungen an die Altersvorsorge steuerlich zu fördern.
9. Die Leistungen der Sozialversicherung müssen überprüft werden.
10. Es ist weiter zu prüfen, ob die Sozialversicherung - und hier vor allem die Renten- und die Pflegeversicherung - der Verfügungsgewalt der Politiker weitgehend entzogen werden sollte.

Alle diese Vorschläge haben sicher ein unterschiedliches Gewicht; sie sind auch innerhalb unterschiedlich langer Zeiträume zu verwirklichen. In jedem Fall bieten sie Ansätze, wie ein Kollaps des Generationenvertrages verhindert werden könnte.

Beispielhaft soll abschließend dargelegt werden, wie zwei der vorgeschlagenen Maßnahmen greifen könnten. Die Erhöhung des faktischen Rentenzugangsalters von heute annähernd 60 Jahren auf 61 Jahre im Jahr 2000 und gleichmäßig weiter steigend auf 65 Jahre im Jahr 2040 könnte die Rentenversicherung kräftig entlasten. Sie würde mit den entsprechenden Konsequenzen für die Rentenversicherung dazu führen, daß beispielsweise der Altenquotient, der hier "variabel" definiert werden soll als die Anzahl der Personen im Rentenalter bezogen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (mit vom faktischen Rentenzugangsalter abhängiger Definition des Quotienten), im Jahr 2030 statt bei fast 75 nur bei einem Wert von 50 liegt. D.h. 100 Personen im erwerbsfähigen Alter stünden dann nur 50 und nicht 75 Personen im Rentenalter gegenüber.

Noch direkter lassen sich die Konsequenzen einer Korrektur der Rentenformel darlegen. Wird etwa bei zukünftigen Rentenerhöhungen die demographische Entwicklung und die Situation auf dem Arbeitsmarkt durch einen multiplikativen Abschlag von der nach der gegenwärtigen Rentenformel sich ergebenden Erhöhung berücksichtigt (damit würde nicht der Rentenwert selbst reduziert, sondern die Erhöhungen würden leicht abgeschwächt), so könnten je nach wirtschaftlicher Entwicklung und Höhe des Korrekturfaktors bereits bis zum Jahr 2010 die Ausgaben der Rentenversicherung um insgesamt 200 bis 300 Mrd. DM reduziert werden. Ergänzt um eine kontinuierliche oder einmalige Erhöhung des Bundeszuschusses würde das zu einer Stabilisierung des Beitragssatzes bei unter 20 Prozent bis etwa zum Jahr 2020 führen, danach müßte der Beitrag auf mindestens 23 Prozent steigen (vgl. Abbildung 1). Die Abbildung enthält nicht nur die mögliche unkorrigierte bzw. korrigierte Beitragsentwicklung, sie zeigt auch, wie die Beiträge sich verändern, wenn der Bundeszuschuß kumulativ so erhöht wird, daß zehn Jahre lang die Beitragsbelastung zusätzlich um 0,1 Prozentpunkte reduziert wird. Nach zehn Jahren wird durch diese Erhöhung der Beitrag somit um einen Prozentpunkt niedriger als ohne sie ausfallen. Die Abbildung verdeutlicht weiter, daß eine längerfristige Festschreibung des Beitragssatzes bei 20 Prozent bei der vorgeschlagenen Korrektur denkbar wäre. Die nicht benötigten Mehreinnahmen könnten zur Bildung eines Vorsorgekapitals für die kritischen Jahre der Rentenversicherung Verwendung finden.

Modellrechnungen ergeben, daß bis zum Jahr 2010 die Renten trotz der Korrektur der Rentenformel in den alten Bundesländern um 35 Prozent, in den neuen um 57 Prozent steigen könnten (vgl. Tabelle 2).

Im selben Jahr würde eine Beitragssatz von ca. 18 1/2 Prozent ausreichen, sofern auf den Aufbau eines Kapitalstock verzichtet wird. Andernfalls könnte bis weit über das Jahr 2010 hinaus ein Beitragssatz von 20 Prozent festgeschrieben und längerfristig ein Kapitalstock in Höhe von mehr als einer Billion DM, dann etwa zwei Jahresausgaben der Rentenversicherung entsprechend, aufgebaut werden. Dieser sollte dazu verwendet werden, die aufgrund der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung notwendige Beitragssteigerung in der Rentenversicherung ab etwa dem Jahr 2022 deutlich abzuschwächen. Die Konvergenz der Rentenwerte in den alten und den neuen Ländern würde durch die Korrektur nicht unterbrochen.

Das vielfach gegen eine Korrektur der Rentenformel angeführte Argument, daß viele Renten bei einer aus der Korrektur der Rentenformel resultierenden Absenkung des Rentenniveaus - auf beispielsweise 65 Prozent - auf Sozialhilfeniveau sinken würden, ist bei der hier diskutierten Korrektur der Rentenformel nicht zutreffend. Es berücksichtigt zum einen nicht, daß diese Absenkung erst nach einem langen Zeitraum erfolgt, es vernachlässigt zum anderen, daß dieser Korrekturvorschlag die zusätzliche Leistungsfähigkeit der Rentner einbezieht und daß - solange die Sozialhilfe nicht stärker als die Renten steigt - vorhandene Abstände zur Sozialhilfe absolut sogar größer werden. Bei einer additiven Kürzung der Rentenzuwächse bzw. des Rentenwertes, wie durch die beschlossene Lebenserwartungskomponente, und niedrigen Einkommenszuwächsen könnte der genannte Effekt dagegen eintreten.

4. Fazit

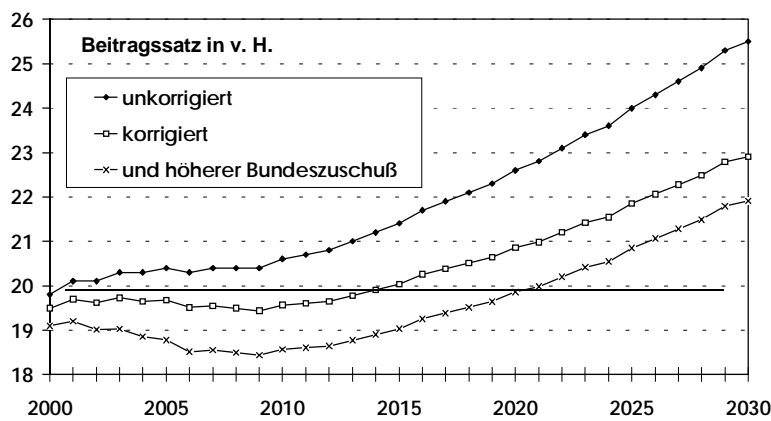
Der Umfang und der Anteil der älteren Bevölkerung - und das gilt für Deutschland und seine Bundesländer genauso wie für viele andere Staaten - wird in einem solchen Maße wachsen, daß insbesondere die Sozialpolitik bereits heute gefordert ist, nicht nur diese voraussichtliche zukünftige Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen, um langfristig die Probleme, die daraus resultieren, einer allgemeinverträglichen Lösung zuzuführen. Dies gilt in hervorragender Weise für Maßnahmen im sozialen Bereich.

Die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung verlangt heute nach Maßnahmen, damit auch morgen noch der Generationenvertrag erfüllbar ist. Diese müssen so beschaffen sein,

daß alle beteiligt und betroffen sind und nicht einseitig eine Generation belastet wird, sonst wird diese vom Generationenvertrag zurücktreten. Gerade in dem Bereich, der hier betrachtet wird, ist vorausschauendes Handeln zwingend notwendig und allemal besser als später eine Notbremung vor einer unmittelbar bevorstehenden Kollision. Nur so kann die gesetzliche Rentenversicherung in der derzeitigen Form das Standbein der Altersvorsorge in Deutschland bleiben, die Eigenvorsorge wird und muß jedoch deutlich zunehmen, verstärkt auf die freiwillige betriebliche Altersvorsorge zu bauen, erscheint letztlich gewagt.

Die Renten können auch langfristig gesichert werden, wenn geeignete Maßnahmen wie die vorgeschlagenen bald-möglichst ergriffen werden. Der Rente wird dann auch in Zukunft die Aufgabe einer durch betriebliche bzw. private Altersvorsorge ergänzten, beitragsabhängigen Grundversicherung zukommen. Eine steuerfinanzierte, einheitliche Grundrente, deren Höhe wesentlich von der Kassenlage des Staates bestimmt wird, kann aus gegenwärtiger Sicht nicht befürwortet werden.

Abb. 1: Entwicklung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung Modellrechnung für die Jahre 2000-2030



Tab. 2: Rentensteigerung bis zu und Beitragssatz in ausgewählten Jahren (Modellrechnung)

| Jahr | Rentensteigerung gegenüber 1996 (in v. H.) | | | | Beitragssatz (in v. H.) | | |
|------|--|------------|--------------|------------|-------------------------|------------|---------------------------|
| | alte Länder | | neue Länder | | | | |
| | unkorrigiert | korrigiert | unkorrigiert | korrigiert | unkorrigiert | korrigiert | bei höherem Bundeszuschuß |
| 2000 | 8,1 | 6,3 | 16,3 | 13,2 | 19,8 | 19,5 | 19,1 |
| 2005 | 24,5 | 19,8 | 40,0 | 33,5 | 20,4 | 19,7 | 18,8 |
| 2010 | 42,7 | 35,2 | 67,3 | 57,3 | 20,6 | 19,6 | 18,6 |

Literaturhinweise

- ⇒ Bomsdorf, Eckart (1993). Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1923 bis 1993. Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland. Bergisch Gladbach / Köln.
- ⇒ Bomsdorf, Eckart (1995): Die ältere Bevölkerung des Freistaates Sachsens bis zum Jahr 2050. Modellrechnungen unter besonderer Berücksichtigung eines landesspezifischen Rückgangs der Mortalität. Bergisch Gladbach / Köln.
- ⇒ Bomsdorf, Eckart (1996): Kohortensterbetafel 2000. Modellierungsansätze, Modellrechnungen, Sensitivitätsbetrachtungen und ökonomische Konsequenzen. In: Dinkel, Rainer H., Charlotte Höhn und Rembrandt Scholz (Hrsg.): Sterblichkeitsentwicklung - unter besonderer Berücksichtigung des Kohortenansatzes. München, S. 67-88.
- ⇒ Bomsdorf, Eckart (1997): Die Renten sichern. Ein Weg aus der Rentenkrise. Studie zur Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Lohmar / Köln.

Eckart Bomsdorf

Edward Rosset (4.11.1897 - 2.6.1989)

Am 27. und 28. November 1997 fand an der Universität Lodz/Polen eine Jubiläumskonferenz mit Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt unter dem Titel:

*„Professor Edward Rosset - Demograph und Statistiker.
Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages“*

Edward Rosset, ordentliches Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften, wurde am 4.11.1897 in Lodz/Polen geboren, wo er auch am 2.6.1989 im 92. Lebensjahr verstarb. Nur 10 Jahre seines Lebens hat E. R. außerhalb von Lodz verbracht: die Studienzeit in Warschau und die Okkupation 1939 - 1945, die Rosset illegal in einem Versteck in Warschau verbrachte. Seine Kindheit entfiel auf eine Zeit intensiver Entwicklung der Textilindustrie in Lodz, in der auch sein Vater tätig war. Seine Geschwister, ein Bruder und vier Schwestern, sind während der Okkupationszeit sämtlich ums Leben gekommen. 1917 begann E. R. das Studium an der Fakultät für Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaften der Universität Warschau. 1922 nahm E. R. eine Tätigkeit in der Abteilung Statistik beim Rat der Stadt Lodz auf, deren Leiter er wurde. Er hatte dieses Amt mit der Unterbrechung während der Kriegszeit bis Ende der 40er Jahre inne. Während dieser Zeit nahm er 1931 am Internationalen Demographischen Kongreß teil. Er hielt zwei viel beachtete Referate zu den Themen: „Demographische Gesetze des Krieges“ und „Geschlechtskrankheiten und Krieg“:

Nach der Beendigung des Krieges nahm E. R. eine Tätigkeit an den in Lodz neu gegründeten Hochschulen auf. Er gründete Statistische Institute an der neu entstandenen Universität Lodz und an der Hochschule für Ökonomie, deren Rektor er wurde. Nach deren Vereinigung übernahm E. R. die Leitung des neuen Instituts für Demographie und Statistik an der Ökonomisch-Soziologischen Fakultät der Universität Lodz, die er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1968 inne hatte.

Die Liste der wissenschaftlichen Publikationen von E. R. ist außerordentlich umfangreich, in denen sich mehrere Schwerpunkte abzeichnen:

- Alterungsprozesse der Bevölkerung,
- Demographische Explosion,
- Reproduktion der Bevölkerung,
- Regionale Demographie,
- Demographische Doktrinen,
- Theorien und Gesetze der Bevölkerung.

Die Liste enthält 39 Bücher und Abhandlungen, beginnend mit: „Alkoholismus in Lodz im Lichte statistischer Forschungen (1925)“, 241 Artikel, ferner Referate, Vorlesungen, redaktionelle Arbeiten, 14 Doktoranden und 27 Rezensionen. E. R. hat an vielen nationalen und großen internationalen Konferenzen teilgenommen, so auch an den Konferenzen der Demographen an der Humboldt Universität zu Berlin.

An der Jubiläumskonferenz in Lodz anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages wurden unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit 11 Referate gehalten, überwiegend von ehemaligen Schülern.

Heinrich Schwarz

1997 weiter steigende Geburtenzahlen in Ostdeutschland, aber mit abnehmendem Steigerungsniveau

Nachdem 1994 in den neuen Bundesländern mit 78 698 Geburten der Tiefpunkt der jährlichen Geburtenzahlen nach der Wende erreicht war (das sind 39,6% gegenüber 1989), nahmen die Geburten erstmals 1995 um 6,5% zu. Von diesem Zuwachs waren lt. vorläufigen Berechnungen des BIB 5,3% auf Veränderungen im generativen Verhalten und 1,3% auf Veränderungen der Altersstruktur zurückzuführen.

1996 stiegen die Geburten noch einmal an: es wurden zwischen 92 000 und 93 000 Kinder geboren (verschiedene vorläufige Angaben); das bedeutet einen Anstieg um 11-12% gegenüber dem Vorjahr. Die Monatswerte des Jahres 1997 (veröffentlicht in den Statistischen Wochenberichten des Statistischen Bundesamtes) verweisen darauf, daß in diesem Jahr eine Verlangsamung des Geburtenzuwachses in Ostdeutschland eintritt: die verfügbaren Daten bis einschließlich August 1997 zeigen einen etwaigen Anstieg um 8,5-9,5% an.

Wenn man diese Entwicklung für das ganze Jahr 1997 hochrechnet, dann würden 1997 gerade erst einmal 51% des Geburtenniveaus von 1989 erreicht. Das entspricht einer Lebendgeburtensziffer von etwa 6,5 je 1000 Einwohner (zum Vergleich alte Bundesländer 1997: ca. 11,0).

Damit wird deutlich, daß die von vielen erwartete Nachholung hinausgeschobener Kinderwünsche in den neuen Bundesländern nur verhalten verläuft. Der allmähliche Anstieg des häufigsten Durchschnittsalters der Mütter bei der Geburt von 23/24 Jahren 1990 auf 25/26 Jahre 1995 deutet an, daß es sich bei einem großen Teil des Geburtenanstiegs um einen Nachholeffekt handelt. Dafür spricht auch der überdurchschnittliche Zuwachs der standardisierten Geburtenziffern in den Altersjahrgängen der Mütter zwischen 27 und 30 Jahren nach 1994.

Leider lassen die von der offiziellen Statistik erfaßten Daten keine Aussage über die in diesem Zusammenhang interessierende Frage nach der Ordnungszahl der Geburten zu (diese werden immer noch nur für eheliche Geburten ausgewiesen. Da aber gerade in Ostdeutschland weiterhin rd. 42% der Geburten - Wert von 1995 - nichtehelich sind, kann mit den Daten für eheliche Geburten nur wenig ausgesagt werden).

Auch die drastisch verringerte Zahl der Eheschließungen von 1989-1992 auf rd. 37% steigt seit 1994 nur sehr allmählich wieder an: mit Ausnahme von 1994 (+6,4%) nahmen sie jährlich etwa um 2-3 Prozent zu. Für 1997 muß eher noch mit einem Rückgang dieses Niveaus gerechnet werden, da die Heiratshäufigkeit im letzten Quartal immer unter dem Jahresdurchschnitt liegt.

Vergleichend zu den alten Bundesländern ist festzustellen, daß hier die Geburten erstmals wieder seit 1991 im Jahre 1996 um 3% zunahmen, und auch für 1997 ist aus den bisherigen Monatswerten (Jan.-Aug.) mit einem Anstieg um 5-6% zu rechnen. Dagegen nehmen die Eheschließungen hier seit 1991 jährlich, wenn auch geringfügig, ab; 1997 dürfte nach der bisherigen Entwicklung in etwa das gleiche Niveau wie 1996 erreicht werden.

Karin Richter

World Urbanization Prospects: The 1996 Revision

The UNO Population Division revidiert und präzisiert alle zwei Jahre die Daten sowie die Prognose der städtischen Bevölkerung. Nach der neuen Revision lebten 1996 etwa 2,6 Milliarden Menschen in Städten. Das machte 46 % der Weltbevölkerung aus. In den Industriestaaten beträgt die städtische Bevölkerung rund 75 % der Bevölkerung. Das sind etwa 800 Millionen Menschen. In den Entwicklungsländern lebten 1996 ca. 1,8 Milliarden Menschen in Städten, 38 % ihrer Bevölkerung. Das Wachstumstempo der städtischen Bevölkerung im Weltmaßstab betrug im Zeitraum von 1990 bis 1995 ca. 2,4 % pro Jahr. Das ist mehr als dreimal so viel wie das Wachstumstempo der ländlichen Bevölkerung. (Die ländliche Bevölkerung wuchs in diesem Zeitraum um etwa 0,7 % pro Jahr). Das Schwergewicht der Weltbevölkerung verlagert sich zunehmend in die Städte.

Dabei ist das Tempo der Verstädterung in der südlichen Hemisphäre viel höher als in der nördlichen. Die Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern betrug von 1990 bis 1995 im Durchschnitt 3,4 % pro Jahr. Mit diesem Tempo kann sich die urbane Bevölkerung in der Dritten Welt alle 20 Jahre einmal verdoppeln. Gegenwärtig leben 36 % der Bevölkerung Afrikas und 35 % der Bevölkerung Asiens in Städten. In Lateinamerika sind es bereits über 70 %. Die städtische Bevölkerung in den Industriestaaten wuchs im selben Zeitraum ca. 0,7 % pro Jahr.

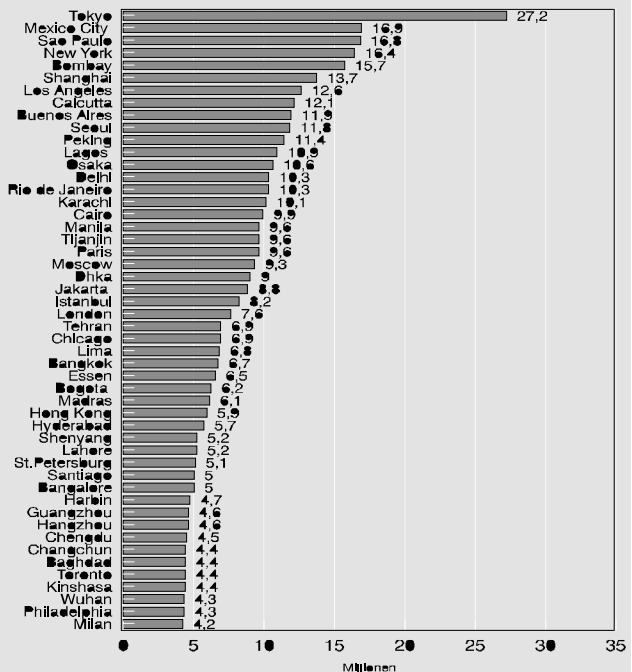
39 Städte der Welt zählten 1996 zu den Mega-Städten, d.h. ihre Einwohnerzahl war größer als 5 Millionen. In 16 Städten betrug die Bevölkerungszahl über 10 Millionen Menschen und in 5 Städten überschritt diese Zahl 15 Millionen.

The 1996 Revision zeigt, daß Tokio mit einer Bevölkerung von 27,2 Millionen immer noch die größte urbane Agglomeration der Welt darstellt. Die städtische Bevölkerung in Mexiko-City nahm im Zeitraum von 1990 bis 1995 jährlich um 1,8 Prozent zu. Das ist doppelt soviel wie im Zeitraum von 1980 bis 1990. Mexiko-City hat gegenwärtig 16,9 Millionen Einwohner und zählt als die zweitgrößte Agglomeration der Welt. An dritter Stelle befindet sich São Paulo (16,8 Millionen), gefolgt von New York (16,4 Millionen) und Bombay (15,7 Millionen).

Zum ersten Mal wurde die Entwicklung der städtischen Bevölkerung bis zum Jahr 2030 vorausgerechnet. So werden bis zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich 84 % der Bevölkerung der Industriestaaten und 57 % der Bevölkerung der Entwicklungsländer in Städten wohnen. Offensichtlich bildet die rapide Verstärkung das demographische Hauptproblem des 21. Jahrhunderts.

UNO Population Division
Population newsletter No.63, Juni 97

Die 50 größten urbanen Agglomerationen der Welt, 1996



Statistik und Jugendhilfeplanung in der Großstadt

Bericht über eine internationale Fachtagung in Zusammenarbeit dreier Veranstalter:
des Hauses am Rupenhorn Berlin, des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Landesamtes Berlin

In Berlin tagten vom 19. bis 21. Januar 1998 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendhilfe und der Statistik aus neun Ländern. Die 54 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörterten während der drei Tage, in welcher Weise statistische Daten aus vielen Bereichen zugunsten der Jugend in städtischen Ballungsgebieten der beteiligten Länder eingesetzt werden können. Es ging sowohl um die Nutzung als auch um die Analyse der Daten zur Unterstützung der Arbeit im Jugendbereich. Die gesamte Tagung entsprach somit der Zielsetzung des Hauses am Rupenhorn, das dem Senat seinerzeit für die Arbeit zugunsten der Jugend überlassen wurde.

Geleitet wurde die Veranstaltung von einem Vorstandsmitglied der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V., von Prof. Dr. Eckart Elsner, dem Stellvertretenden Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin und Hochschullehrer bei den Stadt- und Regionalplanern der Technischen Universität Berlin. Seine Behörde fungierte neben dem Haus am Rupenhorn und dem Statistischen Bundesamt als Mitveranstalter. Eine etwa vergleichbare Tagung der drei Partner hatte es mit positivem Echo schon 1996 gegeben. Damals war aber die Kommunikation noch wesentlich mühsamer, da sie ohne professionelle Dolmetscher durchgeführt werden mußte. Diesmal konnte dank der Unterstützung des Statistischen Bundesamtes und des Bundesinnenministeriums simultan gedolmetscht werden, was sehr hilfreich war.

Der erste Tag war den Spannungen zwischen Jugend und Gesellschaft und den Problemen der Jugend in der Gesellschaft gewidmet, die heute insbesondere in Ballungsräumen zutage treten. Das Themenspektrum ging an diesem Tag von der Kriminalitätsbelastung generell bis hin zu den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Erörterung von Möglichkeiten, wie man hier vorbeugend tätig werden kann. Angesprochen wurden auch die Jugendarbeitslosigkeit und die Rolle des Staates als Ausbilder einerseits und Unterstützer von Rehabilitationsmaßnahmen andererseits. Die sozialen Veränderungen in ganz Europa wurden ebenso angesprochen wie die

derzeitige Umbruchsituation in Japan und die Situation der Jugend dort. Besonderes Interesse fand die Lage der Jugend in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, etwa die schwierige Lage der Jugend in Rußland und Weißrußland.

Der zweite Tag war der Wohn- und Einkommenssituation junger Leute in der Marktwirtschaft gewidmet, wobei sowohl die heute noch immer unterschiedliche Lage der Jugend im Ost- und Westteil Deutschlands, beiderseits der Grenzen zu Mittel- und Osteuropa und in Mittel- und Osteuropa als auch die Situation junger Aussiedler aus Osteuropa beleuchtet wurde.

Der dritte Tag galt am Vormittag den Gefahren für die junge Generation durch Verkehrsunfälle, Drogen, trostlose Großsiedlungen und der Gefährdung durch Selbstmord. Es wurde auch darüber beraten, wie man die Leistungen der Feuerwehr mit Hilfe von statistischen Erkenntnissen und Simulationsverfahren in internationaler Zusammenarbeit noch effektiver gestalten kann, um mit den Rettungsmaßnahmen noch schneller vor Ort zu sein und die finanziellen Mittel so wirksam wie möglich einsetzen zu können. Der Nachmittag galt dann dem Blick in die Zukunft, und zwar zum einen der Methodik von Prognosen und Frühwarnsystemen und zum anderen den eher düsteren absehbaren weltweiten Entwicklungen, welche der Vorsitzende der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V., Herr Prof. Dr. Khalatbari, vortrug. Und ganz zum Schluß wurde das Zentrum für Mittel- und Ost-Europa des Statistischen Bundesamtes vorgestellt, das Fortbildungszentrum Berlin, das demnächst nach Bonn verlagert werden soll.

Am Spätnachmittag des zweiten Tages konnten die mit Taschenlampen ausgestatteten interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung das Fort Hahneberg besichtigen, eine um diese Jahreszeit an sich geschlossene "neue" Attraktion Berlins. Das erst nach der deutschen Vereinigung aus einem fünfzigjährigen Dornröschenschlaf erwachte Fort, ein der Spandauer Zitadelle vorgelagertes Festungsbauwerk, das zu DDR-Zeiten unzugänglich im Todesstreifen der inner-

deutschen Grenze gelegen hatte und das aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit schon fast verschwunden gewesen war.

Wie zu erwarten, war die Tagung selbst wissenschaftlich sehr ergiebig gewesen, allein 12 der Vortragenden bzw. der Zuhörerinnen und Zuhörer lehrten als Professorinnen und Professoren an Hochschulen, 15 waren promoviert oder habilitiert. Daß trotz ernster statistischer Themen für die Jugendhilfeplanung durchaus auch Kurzweiligkeit möglich ist, bewies Prof. Dr.

Gröner, Mitglied unserer Gesellschaft und Abteilungsleiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, der es sogar schaffte, daß die Dolmetscher vor Lachen Mühe hatten, das Gebotene umzusetzen. Ab dem 15. März 1998 soll das für die Tagung erarbeitete Material für die Drucklegung aufbereitet werden und dann einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Eckart Elsner

Pressespiegel

Schweiz:

Höchste Zuwanderung

Die Schweiz nimmt, bezogen auf ihre Größe, die meisten Einwanderer auf. Das geht aus dem Jahresbericht der OECD hervor. 1995 nahm die Schweiz 88 000 Zuwanderer auf (Aufenthalter und Niedergelassene, ohne Umwandlungen von Saisonbewilligungen). In absoluten Zahlen wird sie in Europa nur von Deutschland übertroffen. Bezogen auf die Einwohnerzahl steht die Schweiz deutlich an der Spitze.

Aus dem

Demographic Yearbook 1995

In drei der 25 bevölkerungsreichsten Ländern der Welt - Japan, Frankreich und Italien - beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung bei den Frauen mindestens 80 Jahre. Die Lebenserwartung bei den Männern liegt in folgenden Ländern über 70 Jahre: Japan (76,6 Jahre), Großbritannien (74,2 Jahre), Italien (73,8 Jahre), Frankreich (72,9 Jahre), Deutschland (72,8 Jahre) und USA (72,2 Jahre).

Unter diesen 25 Ländern ist die Differenz zwischen der Lebenserwartung der Männer und der der Frauen in der Russischen Föderation (13,6 Jahre) am höchsten. An zweiter Stelle steht die Ukraine (10,2 Jahre) und an dritter Stelle Frankreich (8,2 Jahre). Die niedrigste Differenz verzeichnen Iran (0,9 Jahre) und Indien (0,4 Jahre). In Bangladesch ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer etwa um ein Jahr höher als die der Frauen.

UNO. Population Division. Population Newsletter, Number 63, June 1997

Malaria-Konferenz

Nach Angaben der WHO bedroht Malaria zwei Milliarden Menschen, fast 40 % der Weltbevölkerung.

300 bis 500 Millionen Menschen erkranken jedes Jahr weltweit an Malaria, davon sind etwa 120 Millionen Neuinfektionen. Etwa drei Millionen Menschen sterben jährlich an der Seuche, darunter eine Million Kinder. 90 % der Malaria-Todesfälle wurden in Afrika verzeichnet.

Auf einer fünftägigen Malaria-Konferenz vom 18 bis 23. August in Haydarabad appellierten 650 Malaria-Experten aus 25 Ländern an die Privatwirtschaft den Regie-

rungen im Kampf gegen die Malaria zu helfen. Den großen Pharmaunternehmen der Industriestaaten warfen sie vor, die Malaria-Forschung und die Entwicklung von wirksamen Medikamenten zu vernachlässigen, da von der Krankheit vor allem die wenig kaufkräftigen tropischen Länder betroffen sind.

In die Malaria-Forschung fließt nach Aussagen der Fachleute auf der Konferenz nur ein Bruchteil der Mittel, die für Bekämpfung von AIDS aufgewendet werden, obwohl Malaria viel gefährlicher ist als die Immunschwäche. Malaria kann innerhalb von 40 Stunden zum Tod führen, und der Krankheit fallen jedes Jahr weltweit mehr Menschen zum Opfer als in den vergangenen 15 Jahren an AIDS gestorben sind. Für die AIDS-Forschung werden aber 1 700 Millionen Mark, für die Malaria-Bekämpfung nur 112 Millionen Mark aufgebracht.

E + Z. Entwicklung und Zusammenarbeit, No 10, Oktober 1997

Die Bevölkerungssituation in Japan

Die Japaner haben kleinere Familien als zuvor. Die totale Fertilitätsrate (TFR) in Japan beträgt gegenwärtig 1,43. Nach eine Befragung der Zeitung Mainichi Shimbun führen etwa 63 Prozent der Frauen die niedrige Zahl der Kinder pro Frau auf hohe Ausbildungskosten zurück. Die Geburtenrate in Japan verzeichnet eine Rekord-Baisse von 9,5 pro 1000 der Bevölkerung. Das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes liegt bei 27,5 Jahre. Trotzdem wächst die Bevölkerung Japans langsam. Sie betrug 1996 125 Millionen Menschen. (259 000 mehr als 1995).

Bei der Lebenserwartung bleibt Japan weiterhin an der Weltspitze: 83 Jahre bei den Frauen und 76 Jahre bei den Männern.

Über 7000 Menschen waren 1996 über 100 Jahre alt. 19 Millionen Menschen waren älter als 65 Jahre. Das macht 15,1 % der Gesamtbevölkerung aus. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der älteren Menschen voraussichtlich auf 27,7 Millionen ansteigen.

People & the Planet Vol. 6, Nr. 3, London 1997

| Einwanderer 1995 | | |
|------------------|---------|----------------|
| Land | absolut | Index (CH=100) |
| Schweiz | 88 000 | 100 |
| Deutschland | 800 000 | 78 |
| Kanada | 210 000 | 58 |
| Belgien | 53 000 | 42 |
| Niederlande | 67 000 | 36 |
| Schweden | 36 000 | 32 |
| USA | 720 000 | 22 |
| Japan | 210 000 | 13 |
| Frankreich | 56 000 | 8 |
| Großbritannien | 55 000 | 8 |

*Association Ecologie et Population.
Zollkufen Schweiz.
ECO-POP-Bulletin 22/1997*

Die 12 Länder mit der niedrigsten Säuglingssterblichkeit

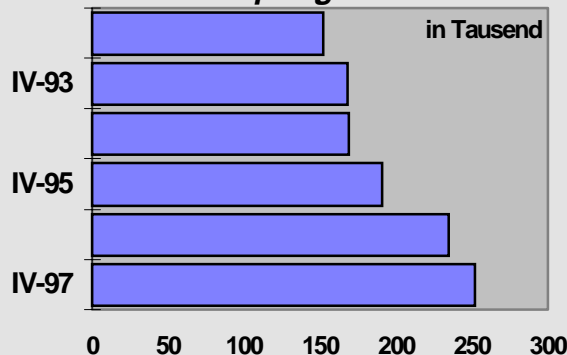
| | |
|-------------|-----|
| Schweden | 3,7 |
| Singapur | 4,0 |
| Japan | 4,2 |
| Hongkong | 4,5 |
| Finnland | 4,7 |
| Frankreich | 4,9 |
| Norwegen | 5,0 |
| Schweiz | 5,1 |
| Dänemark | 5,3 |
| Österreich | 5,5 |
| Slowenien | 5,5 |
| Niederlande | 5,6 |

Berliner Zeitung

vom 27. 10. 1997

In Berlin setzt sich die 1994 begonnene Tendenz rückläufiger Bevölkerungszahlen "in verstärktem Maße weiter fort", teilte das Statistische Landesamt Berlin mit. Danach lag die Bevölkerungszahl Ende Juni 1997 bei rund 3 447 000. Das waren 12 200 Menschen weniger als zu Jahresbeginn und 20 700 weniger als ein Jahr zuvor. Von Januar bis Juni 1997 ging die Zahl der deutschen Einwohner um 11 900, die Ausländer um 240 zurück. Berlin mußte damit in der ersten Hälfte dieses Jahres einen fast so großen Bevölkerungsverlust hinnehmen wie im ganzen Jahr 1996 (12 700). Die Statistiker führen den dramatischen Rückgang in kleinerem Maße auf den Sterbeüberschuß von 3700 Menschen zurück, im Vorjahr waren es im ersten Halbjahr 5900.

Sozialhilfeempfänger in Berlin



Häufigkeit der Schwangerschaftsabbrüche 1996 in den Bundesländern

Das Statistische Bundesamt ist für das Berichtsjahr 1996 erstmals in der Lage, die Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland regional sowohl nach dem Ort der Eingriffe als auch nach dem Wohnort der betroffenen Frauen darzustellen. Die 96er Ergebnisse nach Bundesländern zeigt die Tabelle.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, haben z.B. die in Berlin wohnenden Frauen viermal so häufig Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen wie die Frauen in Bayern. Legt man dagegen den Ort des Eingriffs zugrunde, so wurde die geringste Abbruchhäufigkeit in den Krankenhäusern und Arztpraxen in Rheinland-Pfalz errechnet, während z.B. in Bremen die Häufigkeit bezogen auf die dort Lebend- und Totgeborenen fünfmal so hoch war.

Insgesamt wurden der Statistik im Jahr 1996 rund 130 900 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet

Die regionale Aufgliederung zeigt, daß nicht alle Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen, dies in dem Bundesland tun, in dem sie wohnen. Insgesamt wurden der Statistik im Jahr 1996 rund 130 900 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Das sind 33000 oder 34 % mehr als im Vorjahr.

Dazu ist anzumerken:

- ⇒ In der Schwangerschaftsabbruchstatistik sind die im Ausland vorgenommenen Abbrüche nicht enthalten
- ⇒ Es muß davon ausgegangen werden, daß nicht alle Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland vorschriftsmäßig zur Statistik gemeldet werden.
- ⇒ Der Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche um ca. 34% dürfte weitgehend auf die gesetzliche Neuregelung der Statistik zurückzuführen sein und kann damit nicht als tatsächliche Zunahme angesehen werden

Die bisher vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Abbruchhäufigkeit - bezogen auf jeweils 1000 Lebend- und Totgeborene der einzelnen Regionen - gingen vom Eingriffsort aus, also von dem Land, in dem die Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt wurden. Eine Zuordnung der Schwangerschaftsabbrüche zum Wohnort der Frauen ist aufgrund gesetzlicher Neuregelungen erst seit Anfang 1996 möglich. Damit können erstmals die Schwangerschaftsabbrüche und die Geborenen in eine regional übereinstimmende Beziehung gesetzt werden.

Statistisches Bundesamt
Mitteilung für die Presse 242/97 vom 22.8.1997

Schwangerschaftsabbrüche 1996 (je 1 000 Lebend- und Totgeborene)

| Land | Nach dem Wohnort der Frauen ¹ | Nach dem Ort des Eingriffs/der Geburt ² |
|------------------------|--|--|
| Baden-Württemberg | 128 | 128 |
| Bayern | 98 | 98 |
| Berlin | 391 | 388 |
| Brandenburg | 372 | 393 |
| Bremen | 287 | 396 |
| Hamburg | 233 | 230 |
| Hessen | 166 | 193 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 370 | 377 |
| Niedersachsen | 120 | 98 |
| Nordrhein-Westfalen | 139 | 140 |
| Rheinland-Pfalz | 106 | 77 |
| Saarland | 133 | 188 |
| Sachsen | 312 | 318 |
| Sachsen-Anhalt | 374 | 377 |
| Schleswig-Holstein | 113 | 110 |
| Thüringen | 340 | 355 |
| Deutschland | 164 | 165 |

1) Berechnet auf Basis endgültiger Angaben zu Lebend- und Totgeborenen 1996. 2) Vorläufige Berechnungen; veröffentlicht in der Fachserie 12, Reihe 3/1996 - Bei Rückfragen bitte Telefon: (030) 2324-6291

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) -

im Dezember 1991 gegründet - ist eine gemeinnützige private Stiftung. Sie hat das Ziel, durch Entwicklungszusammenarbeit sowie Informationsarbeit zum Thema Weltbevölkerung und Entwicklung zur Bewältigung des Weltbevölkerungswachstums beizutragen. Mit ihren Projekten will sie die auf der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 gefaßten wegweisenden Beschlüsse zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Familienplanung umsetzen und damit zugleich Chancen zur Senkung des Bevölkerungswachstums nutzen.

Die DSW ist u.a. Kooperationspartnerin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in New York sowie des Population Reference Bureau (PRB) in Washington. Die Schwerpunkte der DSW-Aktivitäten liegen auf:

Informationen über die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

DSW newsletter

Die DSW gibt monatlich einen 6-seitigen Newsletter mit Informationen über aktuelle Fragen der Weltbevölkerungsentwicklung sowie die Umsetzung der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994 heraus. Aktuelle Meldungen aus den letzten Ausgaben des DSW newsletter finden Sie bei den Pressemitteilungen. Die neuesten Ausgaben des DSW newsletter seit Januar 1997 können auch online gelesen werden. Alle Materialien können online bestellt oder über die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Göttinger Chaussee 115, D 30459 Hannover bezogen werden.

E-mail: info@dsw-hannover.de



• innovativen Pilotprojekten in Entwicklungsländern, die direkt oder indirekt helfen, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

• der wissenschaftsbasierten Informationsarbeit in Deutschland zu Fragen von Weltbevölkerungsentwicklung und -politik im Kontext nachhaltiger Entwicklung.

• der Mobilisierung und Nutzung von deutschen und europäischen Ressourcen zur Verwirklichung entwicklungs-politischer Maßnahmen im Sinne der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994.

• der Förderung der internationalen und der europäischen Zusammenarbeit zum Zwecke der Erhöhung der Effizienz und Effektivität bei der Verwirklichung ihrer Ziele.

DSW-Homepage

Kondome sind knapp in Kubâ

Rainer Rosenbaum,
Alberto D. Perez

eines Krankenhauses in Havanna. Es sei ihre erste Abtreibung und auch ihre letzte, beteuert sie. Acht Wochen ist es her, daß sie mit ihrem Freund geschlafen hat und schwanger wurde. "Mein Freund hat etwas gegen Kondome", sagt sie und fügt hinzu: "Sie sind ohnehin schwer zu bekommen."

Unerwünschte Schwangerschaften sind nach Meinung von Miguel Sosa, Präsident von SOCUDEF, der Kubanischen Gesellschaft für Familienplanung, eines der größten Probleme für das kubanische Gesundheitswesen. Schwangerschaftsabbrüche sind, obwohl sie in Hospitälern durchgeführt werden, für alle Patientinnen riskant, besonders aber für Jugendliche. Und sie sind kostenaufwendig: Eine Abtreibung kostet nach Schätzung der amtlichen Gesundheitsstellen 500 Dollar, ganz zu schweigen von den sozialen und emotionalen Folgen eines Abbruchs. "Das alles hätte verhindert werden können, wenn sie ein Kondom benutzt hätten, das weniger als zehn Cents kostet", sagt Sosa. "Aber Kondome sind eben knapp in Kuba."

Engpässe im kubanischen Gesundheitssystem

Auch andere Verhütungsmittel sind schwer zu bekommen. So nehmen viele Kubanerinnen die kostenlosen Dienste der Krankenhäuser als letzte Möglichkeit in Anspruch. Auf 100 Geburten kommen mehr als 120 Abtreibungen. Doch inzwischen ist selbst das nicht mehr überall uneingeschränkt möglich: Medikamente, Gummihandschuhe und Desinfektionsmittel sind rar geworden. Dabei gehört Kuba bevölkerungspolitisch gesehen eigentlich nicht zu den kritischen Ländern. Im Gegenteil: Die Regierung in Havanna hat sich an alle Zusagen gehalten und die Beschlüsse der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo auch umgesetzt. So steht Kuba nach wie vor in Sachen reproduktiver Gesundheit - also in den medizinischen Bereichen, die mit der Fortpflanzung zu tun haben - an erster Stelle aller Länder Latein-amerikas und der Karibik.

Werdende Mütter und Kleinkinder

bekommen die Auswirkungen der Krise am stärksten zu spüren

Der Umbruch in der Sowjetunion und in Osteuropa Anfang der 90er Jahre hatte jedoch eine tiefgreifende Wirtschafts- und Versorgungskrise für Kuba zur Folge. Es ist zwar gelungen, die Kinder- und Müttersterblichkeit und andere wichtige Indikatoren der reproduktiven und sexuellen Gesundheit auf einem Minimalniveau zu halten, aber die Auswirkungen der Krise und des andauernden Handelsboykotts sind auch in diesem Bereich deutlich zu spüren: Untergewicht bei werdenden Müttern in ganz Kuba sowie bei Säuglingen in einigen Provinzen, Anämie bei Kindern und Geschlechtskrankheiten nehmen zu.

Einsparungen waren angesichts der Krise auch im Gesundheitswesen unabdingbar. Nicht dringende Operationen wurden eingestellt, und der normale Gesundheitsdienst wurde auf ein Minimum reduziert. Der Import von Antibiotika und anderen lebenswichtigen Medikamenten hatte Vorrang vor Verhütungsmitteln. So kam es zu einem Anstieg von unerwünschten Schwangerschaften. 1996 standen den Kubanern fünf Millionen Kondome zur Verfügung. "Wir brauchen mindestens 120 Millionen Kondome pro Jahr", sagt Sosa, "nicht nur, um unerwünschten Schwangerschaften vorzubeugen, sondern auch um die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten und AIDS einzudämmen."

Geschlechtskrankheiten und HIV/AIDS nehmen zu

Die Öffnung des Landes für den Tourismus hat auch Sextouristen ins Land gelockt. Es gibt immer mehr "Freizeitprostituierte", die ihre Körper für ein paar Dollar und für einen Abend in einem guten Restaurant anbieten. Die Konsequenz: Geschlechtskrankheiten wie Syphilis haben sich im Vergleich zu 1980 verdreifacht und auch die Zahl der HIV-Infektionen ist alarmierend angestiegen. Sexuaufklärung und Erziehung zur reproduktiven Gesundheit ist erst kürzlich in die offiziellen Lehrpläne des Landes aufgenommen worden. Gemeinsam mit den kubanischen Behörden setzt der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) deshalb auf Aufklärungs- und Ausbildungskampagnen, um die jungen Kubaner rechtzeitig auf die Folgen ungeschützten Geschlechtsverkehrs aufmerksam zu machen. Auch hier bedarf Kuba dringend der Hilfe von außen.

Dr. Rainer Rosenbaum ist beim UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) für Mexiko und Kuba zuständig.

Alberto D. Perez ist für den Bereich Information der UN in Kuba verantwortlich

DSW newsletter 8/97

BMZ plant weniger für Familienplanung und Bevölkerungspolitik

Zwar bleibt der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für 1998 mit 7,64 Milliarden DM fast so groß wie der des Vorjahres, die Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sinken aber um 690 Millionen DM von 3,965 Milliarden DM (1997) auf 3,275 Milliarden DM (1998). Dies gab Entwicklungsminister Spranger am 29. August in Bonn bekannt.

Gewinner bei der Verteilung des kleiner gewordenen BMZ-Kuchens sind die Staaten Mittel- und Osteuropas sowie die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS). Mit 340 Millionen DM stehen ihnen 135 Millionen DM mehr zur Verfügung als 1997. Der Anteil der bilateralen Hilfe für Afrika südlich der Sahara sank um 112,5 Millionen DM von 968,5 auf 856 Millionen DM.

Welche Weltprobleme beunruhigen die Menschen in Deutschland?

Die rasante Zunahme der Weltbevölkerung zählt nach Ansicht der Deutschen zu den größten globalen Problemen. Dies ergab eine europaweite Befragung über entwicklungspolitisch relevante Themen, die im Auftrag des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) vom britischen Forschungsinstitut MORI in Zusammenarbeit mit dem EMNID-Institut durchgeführt worden ist. Die Ergebnisse dieser umfassenden Untersuchung veröffentlichte die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung am 18. März in Bonn. Unter allen Europäern sind die Deutschen am stärksten über das Weltbevölkerungswachstum besorgt. 27 Prozent der Befragten stuften die rasante Zunahme der Weltbevölkerung als eines der beiden wichtigsten Weltprobleme ein (EU-Durchschnitt: zwölf Prozent). Umweltverschmutzung, Hunger, Armut und kriegerische Konflikte erzielten ähnliche bzw. geringfügig höhere Werte. Arbeitslosigkeit (23 Prozent) dagegen, mit Abstand größtes nationales Problem (73 Prozent), wird auf globaler Ebene ein wesentlich geringeres Gefahrenpotential beigemessen.

Ursachen des Bevölkerungswachstums

Die Hauptursache für das Bevölkerungswachstum sehen die Deutschen im fehlenden Zugang zu Familienplanungsdiensten (50 Prozent), eine Einschätzung, die sie mit den europäischen Nachbarn teilen (EU-Durchschnitt: 50 Prozent). Kulturelle und religiöse Faktoren (48 Prozent), unzureichende Bildung (44 Prozent) sowie Armut (42 Prozent) rangieren knapp dahinter. Der niedrige gesellschaftliche Status von Frauen wird lediglich von jedem Vierten als eine Hauptursache für das Weltbevölkerungswachstum angegeben. Damit liegen die Deutschen in ihrer Bewertung zwar deutlich über dem europäischen Durchschnitt, insgesamt wird die Wirkung des Faktors "gesellschaftliche Stellung der Frauen" jedoch sowohl in Deutschland als auch in Europa sehr gering eingeschätzt. Die-

Der Anteil der Mittel im Rahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit für den Sektor Bevölkerungspolitik bleibt zwar mit 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleich, sinkt aber absolut gesehen um rund 30 Millionen DM von 165,2 auf 135 Millionen DM. Zusammen mit den im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit vorgesehenen 42 Millionen DM für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (nicht 50 Millionen, wie im DSW newsletter Nr. 28 berichtet) und acht Millionen DM für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) belaufen sich die Zusagen im Bereich der bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf insgesamt 185 Millionen DM. Damit liegen sie unter der nach Angaben der Bundesregierung zur Erfüllung des Kairoer Aktionsplans zugesagten Summe von 450 Millionen DM, wovon allein 205 Millionen DM für bevölkerungspolitische Maßnahmen im engeren Sinne bestimmt seien.

DSW newsletter Nr. 29,
Oktober 1997

se Bewertung widerspricht derjenigen der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz im Jahr 1994, die das Empowerment of Women als wichtigen Schlüssel zur Lösung des Weltbevölkerungswachstums empfahl. Dieser Ansatz wurde auf der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking erneut unterstrichen.

64 Prozent der Deutschen sind der Meinung, daß die Menschen in den Entwicklungsländern Zugang zu Diensten für Familienplanung und Verhütung haben sollten. 46 Prozent sprechen sich ausdrücklich dafür aus, daß auch die Jugendlichen dort Zugang zu Verhütungsmitteln haben müßten. Jedoch halten nur 28 Prozent der befragten Deutschen Sexualerziehungsprogramme in den Entwicklungsländern für notwendig. Ein erstaunliches Ergebnis: Schließlich sind in vielen Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, nahezu 50 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre alt.

Geld für Entwicklungshilfe?

Bei der Frage nach der Verwendung von Entwicklungshilfe steht bei den Deutschen die Förderung des Gesundheitssystems (43 Prozent) an erster Stelle. Infrastrukturmaßnahmen wird ebenfalls ein hoher Stellenwert (40 Prozent) beigemessen. Mehr als ein Drittel der Befragten plädiert dafür, daß die deutsche Regierung in Bildung (38 Prozent), Nothilfeprojekte (38 Prozent) sowie eine verbesserte Versorgung mit Familienplanungsdiensten (34 Prozent) investiert. Daß überhaupt keine Entwicklungshilfe geleistet werden sollte, meint aber in Deutschland immerhin nahezu jeder zehnte, ein Anteil, der doppelt so hoch ist wie der europäische Durchschnitt. Die individuelle Spendenbereitschaft der Deutschen ist auffällig gering. Lediglich 45 Prozent der Befragten hatten in den vergangenen zwei bis drei Jahren eine gemeinnützige Organisation finanziell unterstützt. Das sind nur etwa halb so viele wie im Nachbarland Niederlande (83 Prozent) und deutlich weniger als der europäische Durchschnitt (59 Prozent).

DSW newsletter Nr. 23,
März 1997

Auf der
Homepage
der DSW
finden sie u.a.:

Über die DSW

Ziele
Geschichte
DSW-Team
Struktur, Finanzen
Förderung

Infothek

Pressemitteilungen
Publikationen
DSWNewsletter
Veranstaltungen

DSW-Projekte

Afrika, Asien
Lateinamerika
Europa
Deutschland

Weltbevölkerung und Entwicklung

Weltbevölkerungsuhr
Soziale&demographische
Indikatoren
Länderinfos
Hintergrundinfos

Tools

Volltextsuche
E-mail-Kontakt
Webmaster
Mailinglists

Links

Deutsche Partner
Europäische Partner
Internat. Partner
Forschungsgorg.
Multilaterale Org.

Informationen und Broschüren

Die DSW hat verschiedene Broschüren und Informationen zum Thema Weltbevölkerung Entwicklung herausgebracht. Folgende Publikationen können **kostenlos online über die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Göttinger 115, D 30459 Hannover** bezogen werden. Für eine kleine Spende für Material und Versandkosten wäre man jedoch dankbar:

- ⇒ DSW-Weltbevölkerungsposter 1997. Eine aktuelle Zusammenstellung Daten aus 150 Ländern.
 - ⇒ DSW-Datenposter "Die Jugend der Welt". Aktuelle Informationen über die Situation von Jugendlichen weltweit.
 - ⇒ DSW-Mitteilungen 1997. Jahresbericht für Freunde und Förderer der Stiftung
 - ⇒ DSW-Postkarte zum Weltbevölkerungstag 1997
 - ⇒ Carl Haub: Das Weltbevölkerungswachstum, Information über Ursachen und Prognosen des Weltbevölkerungswachstums, 2. aktualisierte Auflage, Hannover 1997.
 - ⇒ Hoffnungen und Realitäten, Studie über den Stand der Verwirklichung der reproduktiven Rechte von Frauen weltweit, Hannover 1995.
 - ⇒ Familienplanung rettet Leben, Information über die gesundheitlichen Auswirkungen von Familienplanung, Hannover 1997.
 - ⇒ Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, Kairo - ICPD 1994, Ergebnisse und Konsequenzen.
 - ⇒ Poster "Eden & Julia", Zwei Mädchen - zwei ungleiche Lebensperspektiven.
 - ⇒ Spuren hinterlassen, Information über Testamente und Vermächtnisse an gemeinnützige Organisationen.
- Außerdem gibt es Informationen über
- ⇒ die DSW-Schriftenreihe "Bevölkerung und Entwicklung".
 - ⇒ "denk-mal" - Ein interessantes Sponsoring-Projekt.
 - ⇒ Projektpatenschaften.
 - ⇒ den Verein zur Förderung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung e. V.

DSW-Homepage

Indien: Am kritischen Punkt angelangt

Am 50. Jahrestag der Unabhängigkeit steht Indien kurz vor dem Überschreiten der Ein-Milliarden-Einwohner-Grenze. Mit einer Bevölkerung von ungefähr 970 Millionen Menschen steht Indien heute 50 Jahre nach der Unabhängigkeit hinter China (1,2 Milliarden Einwohner) an zweiter Stelle der bevölkerungsreichsten Staaten der Welt. Sicher ist, daß Indien vor der Jahrtausendwende die Milliarden-grenze überschreiten wird. Dies gibt die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung anlässlich des 50. indischen Unabhängigkeitstages am 15. August bekannt. In den fünfziger Jahren brachte eine indische Frau im Durchschnitt sechs Kinder zur Welt, heute sind es "nur noch" 3,5. Wie sich die Bevölkerungszahl weiter entwickelt, hängt letztlich davon ab, ob sich in den nächsten 20 Jahren der Kinderwunsch nachhaltig ändert und sich immer mehr indische Frauen für Familienplanung entscheiden.

Langwieriger Prozeß: Abschied von den Plansolls

Als die Nehru-Regierung 1952 im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes nach der Unabhängigkeit eine nationale Bevölkerungspolitik formulierte, war Indien der erste Staat der Welt, der ein Programm zur Verringerung des Bevölkerungswachstums einführte. Erst kurz vor der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz im Jahre 1994 begann die indische Regierung damit, sich von Zielvorgaben und Plansolls in der Familienplanung zu verabschieden. Bis dahin war das indische Familienplanungsprogramm streng hierarchisch und zentralistisch aufgebaut. Jeder Distrikt hatte pro Jahr eine bestimmte Sollzahl an Verhütungsmittelvergaben und Sterilisationen zu erfüllen. Jetzt setzt Indien auf Freiwilligkeit. Diese setzt eine hohe Qualität der Familienplanungsdienste voraus. Indien bildet jedoch mit seinen Ausgaben für den Gesundheitsbereich von 1,3 Prozent des Bruttosozialproduktes das Schlußlicht unter den asiatischen Staaten. Auch die Säuglingssterblichkeit blieb in Indien in den letzten Jahren unverändert und liegt mit 74 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten sehr hoch.

Nach der im Mai 1997 veröffentlichten neusten Prognose der Vereinten Nationen werden in Bombay im Jahr 2015 voraussichtlich 26 Millionen Menschen leben. Bombay wird dann nach Tokio die zweitgrößte Stadt weltweit sein und damit Mexiko-City vom zweiten Rang verdrängen.

DSW newsletter vom 15.8.1997

Bericht über die demographische Lage in der Europäischen Union 1997

Die zu erwartenden Veränderungen in der Altersstruktur der europäischen Bevölkerung werden sich auf den Arbeitsmarkt auswirken. Nach dem Bericht über die demographische Lage in der Europäischen Union 1997 scheiden nach dem Jahr 2010 mehr Menschen aus dem Arbeitsleben aus als eintreten. Der Bericht, der den Zeitraum 1995 - 2015 umfaßt, analysiert vergangene und künftige Trends in der erwerbstätigen Bevölkerung. Gegenstand der Untersuchung sind auch die beitrittswilligen Länder Mittel- und Osteuropas. Auch hier geht der Bericht von einem deutlichen Rückgang der Erwerbsbevölkerung nach dem Jahr 2010 aus. Für Pdraig Flynn, in der Europäi- Bereich Soziales zuständig, zeigen Ansätze bei der Arbeitsorganisati- den Lernen notwendig sind. Au- an, die es Frauen erleichtert, auf sen.

Veränderte Vorzeichen

In den vergangenen Jahrzehnten tum zu einer Zunahme der Er- verstärkten Nachfrage nach Arbeit noch dadurch verstärkt, daß immer mehr Frauen in das Erwerbsleben eintraten. Der Bericht erwartet, daß der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung im nächsten Jahrtausend weiter zunimmt. Im Gegensatz dazu werde der Anteil der Männer zwischen 2005 und 2010 in allen Altersgruppen zurückgehen. Durch den deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen nach 1970, drängen seit 1990 weniger Menschen auf den Arbeitsmarkt. Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist dennoch mit einer Zunahme der akti- ven Bevölkerung um 6,9 Millionen zu rechnen. In den darauffolgenden zehn Jahren erwartet der Bericht dann einen Rückgang um 2,1 Millionen. Auch wenn man für die Zukunft nur ein mäßiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zugrunde legt, kann dieser Rückgang zu einer Entlastung der Arbeitsmärkte führen. Allerdings muß sich die Politik auf eine wachsende Zahl „ älterer“ Erwerbstätiger einstellen.



Dieser Bericht ist in RAPID

auf dem Europa-Server

<http://europa.eu.int/en/comm/spp/rapid.html>

als DOC/97/5 zu finden

Hinweise auf neue Publikationen

- Jan Lucassen/Leo Lucassen (eds.): Migration, Migration History, History. Old Paradigms and New Perspectives. Bern, Berlin, Frankfurt/M., New York, Paris, Wien: Peter Lang, 1997.
- Bamberger, Wilhelm: Ausländerrecht und Asylverfahrensrecht. Akt. und überarb. Auflage. München: Beck: Praxis des Verwaltungsrechts, H. 12, 1997.
- Westphal, Manuela: Aussiedlerinnen. Geschlecht, Beruf und Bildung unter Einwanderungsbedingungen. Bielefeld: Kleine Theorie und Praxis der Frauenforschung, Bd. 26, 1997.
- Eckart, Karl (Hrsg.): Demographischer Wandel in der europäischen Dimension und Perspektive. Hrsg. von Karl Eckart und Siegfried Grundmann. Berlin. Duncker und Humblot. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 52, 1997, 642 S.
- Miegel, Meinhard; Wahl, Stefanie: Der Weg aus der Rentenkrise. Gesetzliche Grundsicherung, private Vorsorge. München, Landsberg am Lech: Aktuell, ca. 112 S.
- Berger, Peter J. (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann-Stiftung an den Club of Rome. Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung, 1997.
- Maier, Gabriele: Das Erleben der Berufssituation bei älteren Arbeitnehmern. Ein Beitrag zur differentiellen Gerontologie. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien: Peter Lang, 1997, 303 S.
- Wiegand, Michael; Kockott, Götz (Hrsg.): Partnerschaft und Sexualität im höheren Lebensalter. Wien, New York: Springer, 1997, 160 S.
- Nauck, Bernhard; Schönplflug, Ute (Hrsg.): Familien in verschiedenen Kulturen. Stuttgart: Enke, 1997, 386 S.
- Färber, Christine: Frauenförderung als Strukturreform. Berlin: Freie Universität. Bericht der Zentralen Frauenbeauftragten der Freien Universität Berlin 1997.
- Schuchard, Margret; Speck, Agnes (Hrsg.): Mutterbilder - Ansichtssache. Beiträge aus sozialwissenschaftlicher und psychoanalytischer, juristischer, historischer und literaturwissenschaftlicher, verhaltensbiologischer und medizinischer Perspektive. Heidelberg: Mattes. Heidelberger Frauenstudien, 1997.
- Hamacher, Horst W.; Klamoth, Katrin (Hrsg.): Kinder, Familie, Karriere - ein gesellschaftliches Problem? Aachen: Shaker, 1997.
- Schuster, Anke: Frauenpolitik zwischen parteipolitischer Programmatik und Wirklichkeit. Ein Bundesländervergleich. Sinzheim: Pro-Universitate-Verlag. Wiss. Schriften: Politik. Diss. 1997.
- Wagner, Michael: Scheidung in Ost- und Westdeutschland. Zum Verhältnis von Ehestabilität und Sozialstruktur seit den 30er Jahren. Frankfurt/M., New York: Campus, 1997, 353 S.
- Jahrbuch Dritte Welt. Daten, Übersichten, Analysen. München: Beck, Beck'sche Reihe 1227, 1997.
- Vaskovics, Laszlo A.; Rost, Harald; Rupp, Marina: Lebenslage nichtehelicher Kinder. Rechtsstatistische Untersuchung zu Lebenslagen und Entwicklungsverläufen nichtehelicher Kinder. Im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz, Köln: Bundesanzeiger, 1997, 280 S.
- Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.): Familiäre Lebenswelten im sozialen Wandel. Leske & Budrich, 1997.
- Vaskovics, Laszlo A.; Rupp, Marina; Hofmann, Barbara: Lebensverläufe in der Moderne: nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine soziologische Längsschnittstudie. Leske & Budrich, 1997.
- Bertram, Hans: Familien leben. Lebenszeit - Arbeitszeit - Familienzeit. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 1997, ca. 200 S.
- Baur, Rita: Datenreport Alter. Individuelle und sozioökonomische Rahmenbedingungen heutigen und zukünftigen Alters. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend. Schriftenreihe. Stuttgart, Berlin, Köln, 1997
- Mensel, Jürgen (Hrsg.): Generationsbeziehungen, Austausch und Tradierung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.
- Skiba, Alexander: Altern. Biographie und Geschichte; geschichtsdidaktische Perspektiven der Erinnerungsarbeit mit alten Menschen. Regensburg: Roderer, Beiträge zur gerontologischen Forschung, Band 7, 1997.
- Segert, Astrid; Zierke, Irene: Sozialstruktur und Milieuerfahrungen. Empirische und theoretische Aspekte des alltagskulturellen Wandels in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.
- Keiser, Sarina: Ostdeutsche Frauen zwischen Individualisierung und Re-Traditionalisierung. Ein Generationenvergleich. Hamburg: Kovac, Dissert. 1996.
- Budde, Gunilla-Friederike (Hrsg.): Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht. Sammlung Vandenhoeck, 1997.
- Stegmann, Daniele: Lebensverläufe Alleinerziehender in West- und Ostdeutschland. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 82e. Wiesbaden, 1997.
- Brown, Lester R.: Who will feed China? Wer ernährt China? Alarm für einen kleinen Planeten. Holm: Deuhalion, 1997.
- Gornig, Martin; Hornschild, Kurt (Red.): Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010. Ergebnisse quantitativer Szenarien. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin: Duncker und Humblot, Beiträge zur Strukturforchung, H. 166, 1997.
- Haub, Carl: Das Weltbevölkerungswachstum. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (In Zusammenarbeit mit dem Population Reference Bureau, Inc.) 2. akt. Auflage, Hannover: Balance-Verlag, 1997.
- Bähr, Jürgen: Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. 3. akt. und überarb. Auflage, Stuttgart: Ulmer, Uni-Taschenbücher 1249, 1997.
- Pulvermüller, Frank: Generierung von Kohortensterbetafeln. Bern, Berlin, Frankfurt/M., New York, Paris, Wien: Peter Lang, 1997. Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Bd. 2124.
- Ulrich-Bochsler, Susi: Anthropologische Befunde zur Stellung von Frau und Kind in Mittelalter und Neuzeit. Soziobiologische und soziokulturelle Aspekte im Lichte von Archäologie, Geschichte, Volkskunde und Medizingeschichte. Bern; Stuttgart; Wien: Haupt. Schriftenreihe der Erziehungsdirektion des Kantons Bern. Diss. 1997.
- Kaufmann, Eva; Schröter, Ursula; Ullrich, Renate: Als ganzer Mensch leben. Lebensansprüche ostdeutscher Frauen. Berlin: Trafo-Verlag Weist, "Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft" Bd. 5, 1997.

V *eranstaltungen* Konferenzen, Tagungen anderer Institutionen und Organisationen

22. - 24. April 1998

Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft

Die 32. Arbeitstagung der Gesellschaft steht unter dem Leitthema "Demographie und Politik". Diskutiert werden u. a.:

⇒ Möglichkeiten und Grenzen der Bevölkerungswissenschaft und politische Entscheidungsprozesse,

⇒ Demographische Auswirkungen politischen Handelns,

⇒ Beeinflussung und Instrumentalisierung der Bevölkerungswissenschaft durch die Politik.

25. - 27. Juni 1998

European Association for Population Studies (EAPS) veranstaltet zusammen mit The Demographer's Group of Italian Statistical Society (GSD-SIS) und The University of Bari (Italy) eine internationale Konferenz zum Thema: "International Migration. Challenges for European Populations" in Bari (Italien)

Konferenz-Sekretariat: Ms. Anna Lo Jacono, Facolta Economia, Via Camillo Rosalba 53, 70142 Bari, Italien, Fax: ++3965040017

26. - 28. August 1998

International Geographical Union, Commission on Population and the Environment.

Schwerpunkte der Konferenz sind:

⇒ Population Geography, theoretical Perspectives at the twentieth century,

⇒ Quantitative methodes and progress in population geography,

⇒ Exploring quantitative methodesign population research.

Anmeldung: The Secretary, CAPR, Department of Geography, University of Dundee, Ddl, 4NH United Kingdom

5. - 9. Oktober

Statistische Woche in Lübeck

A *m Rande bemerkt*

"Gewiß, es ist eine Tatsache: Bei den fortgeschrittenen Kulturvölkern **wollen** heute die gehobenen Massen keinen großen Nachwuchs. Aber zugleich muß konstatiert werden, daß sie angesichts des ganzen Kausalnexus, in dem sie drinstecken, **auch nicht anders wollen können, als sie wollen**. Und daß dieses zwangsläufige Wollen mit der Zeit auch eine Reihe rein physiologischer Folgen in Bezug auf das Reproduktionsvermögen nach sich ziehen wird, ist gleichfalls sicher."

Rudolf Goldscheid, Höherentwicklung und Menschenökonomie, Erster Band, Alfred Kröner Verlag, Leipzig 1911. S. 414

T *ermine* des Arbeitskreises *Demographie* der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

5. März 1998

Transformation in Osteuropa - Arbeitsmigration und informelle Wirtschaft

Referent: Dr. Arndt Hopfmann

Freie Universität Berlin, FB Politische Wissenschaft

14. Mai 1998

Entwicklung der wichtigsten Altersgruppen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens bis 2050 und ihre Bedeutung für Europa

Referent: Dr. Johannes Otto, 1. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft

3. September 1998

Aktuelle Migrationsprozesse in Deutschland

Referent: Dr. Steffen Maretzke, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Bonn

Die Binnenmigration in die Uranprovinzen des Erzgebirges

Referent: Dr. Rainer Karlsch, Humboldt Universität zu Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Wirtschaftsgeschichte

5. Oktober 1998

Interregionale Wanderung in Deutschland

Konferenz im Rahmen der Statistischen Woche

IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. erscheinen zweimal jährlich. Sie werden an die Mitglieder der Gesellschaft kostenlos versandt. Alle anderen Interessenten können die Mitteilungen für 1,-DM (zuzüglich der Portogebühren) erhalten.

Herausgeber:

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.
Vors. Prof. Dr. Parviz Khalatbari
Parkaue 3, 10367 Berlin

Bankverbindung:

Berliner Bank
BLZ: 100 200 00
Konto-Nr.: 2099 9500 00

Redaktion und Layout:

Dr. Förster, Matthias, Dr. Maretzke, Steffen

Die Redaktion freut sich über alle Beiträge, die zur Veröffentlichung eingereicht werden. Informieren Sie uns bitte über Veranstaltungen u.a. wichtige Dinge, die es Wert sind, mitgeteilt zu werden. Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

- Dr. Matthias Förster, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf
Tel-Nr. (dtl.): 0331/2891 252 bzw. 0331/2891 253 oder
- Dr. Steffen Maretzke, Honnefer Str. 29, 53179 Bonn
Tel-Nr. (dtl.): 0228/826 326
eMail: Steffen.Maretzke@T-Online.de

möglichst bereits als WORD- oder ASCII-Datei, gesandt werden. Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.